

Amtsgerichts Tempelhof-Kreuzberg
Richterin Neuhaus
Hallesches Ufer 62
10963 Berlin

Dringende Mitteilung zum Beschluss vom 13.03.2026 – Dokumentation der psychischen Nötigung und Ankündigung stationärer Schutzmaßnahmen

Sehr geehrte Frau Neuhaus,
Ihren Beschluss vom 13.03.2026 weise ich aufs Schärfste zurück. Was Sie hier betreiben, ist keine rechtsstaatliche Verfahrensführung mehr, sondern der offene Versuch, mich unter Androhung von 1.000 Euro Ordnungsgeld in ein Verfahren zu zwingen, dessen rechtliche Grundlagen Prozessfähigkeit der Antragsgegnerin, arglistige Täuschung Sie systematisch und willkürlich ignorieren.

Sie setzen mir sprichwörtlich die Pistole auf die Brust!
Es ist an Zynismus nicht zu überbieten: Sie maßen sich in Ihren Stellungnahmen an, der Antragsgegnerin entgegen erdrückender, sogar von ihr selbst eingereichter Beweise pauschal psychische und kognitive Gesundheit zu attestieren, ohne ärztliche Expertise. Gleichzeitig wischen Sie das offizielle ärztliche Attest meines behandelnden Arztes, welches meine akute Belastungsreaktion F43.0 G exakt auf Ihre Verfahrensführung zurückführt, mit rein formalistischen Ausreden vom Tisch.

Ich mache Ihnen hiermit unmissverständlich klar:

Sie wissen ganz genau, warum ich krank bin, und Sie wissen, dass Ihre bewusste Ignoranz all meiner eingereichten Anträge die Ursache dafür ist. Wenn Sie nun glauben, Sie könnten mich mit finanziellen Strafandrohungen 1.000 Euro dazu nötigen, mich dieser Retraumatisierung durch Sie und die Antragsgegnerin am 30.03.2026 wehrlos auszusetzen, überschreiten Sie eine rote Linie Verstoß gegen Art. 2 Abs. 2 GG.

Sie lassen mir durch diese Androhungen und die faktische Verweigerung des rechtlichen Gehörs absolut keine andere Wahl. Sollten Sie diesen Termin am 30.03.2026 nicht unverzüglich aussetzen, werde ich mich gezwungen sehen, mich zum Schutz meines Lebens und meiner körperlichen Unversehrtheit vor Ihrer Willkür in stationäre ärztliche Behandlung zu begeben.

Diesen Schritt und die massive Verschlechterung meines Gesundheitszustandes haben einzig und allein Sie zu verantworten, da Sie absolut gar nichts von dem beachten, was rechtlich gegen diesen Termin spricht, und stattdessen mit Zwangsmitteln operieren.

Dieses Schreiben geht inklusive Ihren Schreiben zum Mailversand wie sie sich lieber diesen Grund statt Anwalts Zwang Aussichten, ihrer Stellungnahme mit Schreiben an die Anwältin welches Ihnen durch die Antragstellerin als Beweismittel einreichte und Ihren Beschlüssen zusammen in Kopie zur Dokumentation Ihrer Verfahrensführung direkt an das Bundesverfassungsgericht Az. 1 BvR 9/26 sowie an die Generalstaatsanwaltschaft Berlin.

Sie sehen sie das dringende prüfen Gegenseite aufgrund ihrer Ärztlichen Meinung als unbegründet, die meines Arztes aber als unzureichend. Ich denke das wird in Zusammenhang aller genannter Schreiben, das Bundesverfassungsgericht anders sehen!

Ich weise Sie außerdem darauf hin, dass ich aufgrund der neuen Situation, einen Antrag auf Befangenheit an Präsidentin Abel, die Beschwerdestelle, das OLG und die Generalstaatsanwaltschaft gesendet habe und wir uns somit im 3. Befangenheitsverfahren befinden!

Christian Reimer

